

## *Das Symbol Kidal*

*Der Krieg in Mali ist noch längst nicht zu Ende. Frankreichs Allianz mit den Tuareg-Rebellen erschwert die nationale Versöhnung /Die Zeit, 7. März 2013*

Von Charlotte Wiedemann

Es war voreilig, dem Krieg in Mali schon als Erfolg zu feiern. In Gao, der größten Stadt des Nordens, ist das Leben derzeit gefährlicher als vor der Befreiung: Heftige Gefechte mit zurückkehrenden Dihadisten, Selbstmordattentate, versteckte Minen. Weiter nördlich, in der von Tuareg bewohnten Wüsten-Region Kidal, hat der Krieg jetzt erst seine heiße Phase erreicht, mit schweren Kämpfen und Hunderten von Toten, vor allem auf Seiten der Islamisten.

Es gibt in diesem Gebiet keine neutralen Beobachter. Die französischen Streitkräfte haben sich diesen Umstand zunutze gemacht, um stillschweigend eine heikle Allianz einzugehen: Sie kooperieren in der Region Kidal mit den bewaffneten Rebellen der „Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad“, im französischen Kürzel MNLA. Das sind jene Tuareg-Kämpfer, die vor gut einem Jahr Nordmali im Handstreich eroberten und dabei den Islamisten und Al Qaida die Steigbügel hielten. Einige Männer, die nun als Frankreichs Verbündete in Kidal patrouillieren, hatten zeitweilig sogar führende Posten bei eben jenen Islamisten.

Gewiss: Die Tuareg kennen die Wüste; als Kriegspartner sind sie schlicht praktisch. Aber so simpel liegen die Dinge nicht. Der Feldzug der MNLA vor einem Jahr wurde vom damaligen französischen Präsidenten Sarkozy ermuntert, vermutlich zu Beginn sogar alimentiert. Was dabei geschah, hat die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen den Tuareg und den übrigen Maliern schwer belastet. Viele Mädchen und junge Frauen aus den „schwarzen“ Ethnien des Nordens klagen über Vergewaltigungen. Außerhalb von Kidal – nur dort ist die Mehrheit Tuareg – müssen die Rebellen wie plündernde Söldner aufgetreten sein. Auch wird der MNLA ein Massaker an etwa hundert gefangenen Armeesoldaten angelastet; deswegen hat die Regierung in Bamako den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angerufen.

Für Moussa Ag Asserid, Repräsentant der MNLA in Paris, sind seine Kämpfer über all diese Anschuldigungen erhaben. Ag Asserid ist Schriftsteller, hat besten Zugang zum französischen Fernsehen, trat gerade bei einem Colloquium an der Sorbonne auf. Obwohl sich in Mali viele Tuareg von der MNLA distanzieren, gilt sie in Paris als *die* Vertretung des Tuareg-Volkes. Das hat Konsequenzen für das Vorgehen im Kriegsgebiet. Weil die malische Armee „genozidäre Absichten“ habe, dürfe sie den Norden nicht betreten, hatte Ag Asserid verlangt. Unter französischen Druck hat sich die malische Regierung darauf eingelassen, die eigene Armee zumindest aus der Region Kidal herauszuhalten. Malische Medien sprechen erzürnt von einem

„französischen Diktat“; nach den Wochen der Frankreich-Begeisterung sei dies nun „die Stunde der Desillusionierung“.

Frankreichs Protektion für die verhasste MNLA vertieft den Graben in der malischen Gesellschaft. Erreicht wird so nicht der Schutz vor Übergriffen, sondern eher das Gegenteil: Die Aussöhnung mit den 300 000 malischen Tuareg - etwa zwei Prozent der Bevölkerung – wird eher schwerer. Wie Malis jüngste Geschichte zeigt, war es stets verhängnisvoll, wenn sich Nationalstolz und Tuareg-Stolz als Gegensätze begegneten.

1960, zur Geburtsstunde Malis, war der heutige Nationalstaat zunächst gar nicht vorgesehen. Die post-koloniale Elite dachte pan-afrikanisch, schloss sich mit dem Senegal zu einer Föderation zusammen. In diesem Staatenverbund wurde den Tuareg eine gewisse Eigenständigkeit in Aussicht gestellt; dazu sollte auch die Anwendung islamischen Rechts gehören. Ein wichtiges Anliegen der Tuareg, die sich als die echten, die besseren Muslime sahen.

Doch die Föderation zerbrach schnell; Mali war genötigt, sich allein für unabhängig zu erklären. Was dann geschah, würde man heute *Nation-Building* nennen: Es galt, aus dem Stand ein Nationalbewusstsein zu schaffen. Malis junge Elite war wenig ethnisch orientiert; gleichwohl bediente sie sich, um die National-Idee zu verankern, aus dem, was ihr selbst nahestand: aus dem kulturellen Gedächtnis der großen Bevölkerungsgruppen des Südens, den Epen und Mythen der Malinke und Bambara. Künstler-Gruppen traten damit im ganzen Land auf, erinnerten an die Größe des mittelalterlichen Mali-Reichs, um so die ehrgeizige, afrikanisch-sozialistische Vision des Präsidenten Modibo Keita zu untermalen: wirtschaftliche Unabhängigkeit, Industrien, Landreform.

Nach Norden hin dünnte die Überzeugungskraft aus. Die Songhai, dort die größte Ethnie, ließ sich noch einbinden, denn das mächtige Songhai-Reich war Nachfolger des Mali-Reichs. In Kidal, der Tuareg-Hochburg, geriet das Projekt Nation-Building indes zur puren Unterdrückung: Aufführungen in Tamashek, der Sprache der Tuareg, waren verboten, stattdessen mussten Bambara-Lieder angehört werden.

Viele Tuareg hatten den Abzug der französischen Kolonialherren mit Bedauern gesehen; das galt vor allem für die Adelsschicht in Kidal: der bis heute tonangebende Ifoghas-Klan. Er profitierte von der französischen Politik des „teile und herrsche“, genoss Privilegien, bekam Waffen. Hellhäutige Tuareg waren damals von Zwangsarbeit befreit, nicht jedoch deren ehemalige Sklaven: Schwarze, die gleichfalls Tamashek sprechen. Zur Oberklasse der Tuareg, romantisiert als „edle Ritter der Wüste“, knüpften französische Anthropologen und Offiziere jene spezielle Beziehung, die bis in unsere Tage andauert. Die schwarze Bildungselite des jungen Mali übernahm die Stereotype der Franzosen unter negativen Vorzeichen, sah die Tuareg als feudale, rassistische, arbeitsscheue Nomaden. Umgekehrt, so der niederländische Soziologe Baz Lecocq, waren die Bewohner des Südens für

die Tuareg-Oberschicht „eine Masse von religiös unwissenden und unzivilisierten Schwarzen, mit denen sie nichts gemein hatte.“

Die erste Tuareg-Rebellion von 1963 wurde blutig niedergeschlagen: Kriegsrecht verhängt, Brunnen vergiftet, Herden erschossen - und die Frauen geflüchteter Rebellen zwangsverheiratet an Offiziere aus dem Süden. Der Staat feierte den Sieg über die Unterworfenen in deren Hochburg Kidal im September 1964 am malischen Unabhängigkeitstag – ein verhängnisvolles Signal. Die Lehrerin Safiatou Diarra, damals eine Aktivistin in der Pionierbewegung des Präsidenten, erinnert sich: „Die Franzosen sagten uns, dass Kidal eigentlich nicht zu Mali gehöre. Gerade deshalb war Kidal für uns immer ein Symbol der Nation.“

Bei den Tuareg bewirkte die blutige Unterwerfung ein kollektives Trauma; es vererbte sich auf die nächste Generation, entfremdete viele dauerhaft dem Staat. Und doch gleichen die Tuareg von heute kaum mehr jenen vor einem halben Jahrhundert. Katastrophale Dürren in den 1970er und 1980er Jahren entzogen nomadischer Lebensweise im Wortsinn den Boden: Weideflächen schrumpften, Verteilungskämpfe brachen auf mit den sesshaften Bauern im Nigerbogen. Vor allem aber zerfiel die soziale Pyramide der Tuareg-Gesellschaft. Vasallen und ehemalige Leibeigene fanden bei ihren Herrschaften keinen Unterhalt mehr; die stolzen Herren von gestern waren nun Verarmte.

Deshalb hat sich bei späteren Aufständen der Kampf gegen den Staat immer mehr mit internen Kämpfen um die Neuverteilung von Einfluss verwoben. Im jüngsten Fall zählt dazu die Frage, wer Nachfolger des betagten Patriarchen von Kidal wird, des traditionellen Oberhaupts. Die Figur des jetzigen Patriarchen illustriert, dass ein Teil der Tuareg durchaus beste Beziehungen zum malischen Staat unterhält. Der 86jährige Intalla Ag Attaher ist Träger diverser nationaler Orden, war lange Abgeordneter. Während der Rebellion im Frühjahr 2012 gewährte der Alte den flüchtenden Staatsbeamten in seinem weitläufigen Anwesen Asyl.

Zu meinen, die Tuareg seien eine pauschal diskriminierte Minderheit, das ist zumindest für die letzten 15 Jahre falsch. In manchen politischen Bereichen sind sie überpräsentiert, etwa im Parlament, wo der dünnbesiedelten Region Kidal zusätzliche Sitze zugeschanzt wurden. Auch die Vorstellung, ganz Nordmali sei ökonomisch marginalisiert, trifft nicht zu. Richtig ist vielmehr: Die *bad governance*, so schädlich für ganz Mali, hatte im Norden besonders schlimme Folgen; denn Klima, Geographie und multi-ethnisches Muster machen die Balance hier besonders empfindlich. So förderte der letzte reguläre Präsident, der im März 2012 gestürzte Amadou Toumani Touré, mafiöse Strukturen, in dem er Araber gegen Tuareg ausspielte. Arabische Milizen wurden vom Staat bewaffnet, mit Fahrzeugen ausgestattet, bekamen freie Hand, sich im Drogenschmuggel zu bereichern.

Dabei sollte Nordmali eigentlich ein Vorbild sein für den Rest des Landes. So war es gedacht vor 20 Jahren, als hier Malis Politik der Dezentralisierung

begann. Basisdemokratie als Friedenspolitik! Bevor anderswo politische Kommunen entstanden, existierten sie im Raum Timbuktu, Gao, Kidal. Dezentralisierung sollte den postkolonialen Zentralstaat umwandeln, sollte „ein neues Mali der Vielfalt“ schaffen. Doch der Widerstand in den Apparaten der Hauptstadt blieb immens: Es galt, die Fleischtöpfe zu verteidigen, die Quellen der Korruption.

Heute werden immer noch 93 Prozent aller Ausgaben durch den Zentralstaat getätigt. Nirgendwo ist Mali so arm wie an seiner Basis. „Die Probleme des Nordens sind die Probleme aller Regionen“, meint der Entwicklungsökonom Ousmane Sy, früher Initiator der Dezentralisierung, heute Leiter des Präsidialamts. „Nur greifen die anderen nicht zu den Waffen, weil das nicht Teil ihrer Kultur ist. Wir müssen diesen Typus von Staat ändern, sonst werden wir keine Stabilität finden.“

Gibt es eine zweite Chance? Das neue *Nation-Building* muss nun wiederum im Norden beginnen: als Versöhnungspolitik, in der keine Ethnie Favoritenstatus hat. Diesmal keine Armeeposten als Belohnung für Rebellen, keine exklusiven Verhandlungen zwischen Staat und Bewaffneten, sondern ein großer Dialog der Gesellschaft. Ein Kongress soll demnächst die Repräsentanten der *communities* im Norden zusammen bringen: Bürgermeister, Zivilgesellschaft, traditionelle Chefs, religiöse Führer, Vertreter der Frauen und der Jugend. Die Tuareg werden Teil davon sein, aber besser nicht vertreten durch die MNLA. Deren Aufwertung durch Frankreich belastet den Friedensprozess.

Die Dominanz der äußeren Akteure erschwert auch in anderer Hinsicht Malis Selbstheilung. Für Juli sind – viel zu früh – Wahlen anberaumt, weil die Geldgeber der Entwicklungshilfe auf einem baldigen Termin bestanden. Das nützt nur der alten politischen Klasse; in Bamako ist allenthalben das Hufescharren der Machthungrigen zu hören. Ein populärer Präsident, der die Hoffnung auf Erneuerung verkörpern würde, ist nicht in Sicht. Stattdessen droht die Wiedererrichtung jener Fassaden-Demokratie, die Ausgangspunkt der Krise war. Einen besseren, transparenten Staat wird es nur geben, wenn die Bürger ihn erzwingen. Von unten. Die 10 000 ausländischen Soldaten, die jetzt in Mali stehen, werden ihnen dabei wenig helfen.